

Wir gratulieren der Gemeinde Oberschleißheim, die im vom Bayerischen Staatsministerium des Inneren veröffentlichten Entwurf der Liste zum Ausbauplan der Staatsstraßen vom 8.2.2011 mit der Dringlichkeitsstufe 1 aufgenommen wurde. Eine Ortsumgehung für Oberschleißheim kann somit voraussichtlich bis 2020 realisiert werden.

Es ist sehr schade und für uns unverständlich, dass in der **Dringlichkeitsliste** des Ministeriums die Gemeinde **Eching** überhaupt **nicht erwähnt ist**. Eine Umgehungsstraße war in den Echinger Plänen leider jahrelang nicht vorhanden trotz massiver Proteste seitens der Einwohner und ständiger Diskussionen. Erst in einem Grundsatzbeschluss im Herbst 2010 (!) hat sich der Gemeinderat für den Bau einer Ortsumgehung ausgesprochen. Nun ist aber immer noch offen, ob eine Süd- oder West-/Nordumgehung bevorzugt wird. Das heißt für uns Bürger, es werden wohl noch Jahre oder Jahrzehnte vergehen und vermutlich diverse Gutachten in Auftrag gegeben werden, bis überhaupt klar ist, wo eine Umgehungsstraße gebaut werden soll. Für die Südumgehung hat sich auf Anfrage der BfE Herr Landrat Schwaiger ausgesprochen. Wer weiß, wann endlich die Gemeinde Eching auf der Dringlichkeitsliste des Bayerischen Staatsministeriums steht! **Ob wir das noch erleben?**

Die geplante und notwendige Neugestaltung der Ortsmitte aber auch die Weiterentwicklung der Gemeinde Eching hängen direkt davon ab, wie man den **Durchgangsverkehr und den LKW-Verkehr** in den Griff bekommt. Jetzt wird der Bebauungsplan 71 aufgestellt, vor der Wahl hat Herr Riemensberger schon von Eching-Grünwald gesprochen. Wie kann sich aber Eching im Westen entwickeln, wenn hier keine vernünftige Straßenanbindung vorgesehen ist? Die bestehenden Baugebiete Schachterlhausen und westliche Frühlingstraße, aber auch der Kindergarten, die Grundschule und die Realschule haben den Verkehr an den Verbindungsstraßen stark anwachsen lassen, die Klagen hören wir seit vielen Jahren. Anstatt die Problematik konstruktiv anzugehen und eine Anbindung an die Staatsstraße 2053 vorzusehen, legt der Bürgermeister das Gutachten Kurzak vor, danach sind die Straßen für den Verkehr aus dem geplanten Baugebiet noch „aufnahmefähig“. Ist es nicht eher so, dass die **angespannte finanzielle Lage der Gemeinde** für ein derartiges Vorgehen ausschlaggebend ist? Dass eine **Umgehungsstraße**, natürlich in deutlicher Entfernung vom westlichen Rand des geplanten Ortsgebietes, aber auch eine **Anbindung** der bestehenden und zukünftigen Baugebiete dringend notwendig ist, scheint immer noch nicht klar zu sein. Wenn der Bürgermeister die Räte auffordert, sich nicht nur über das Konzept der Straßen, sondern auch über die Kostenkalkulation Gedanken zu machen, dann verkennt er die Situation. Derartig umfangreiche Informationen wird keiner der Räte einholen können. Die Kalkulation, Varianten der Anbindung und mögliche Konzepte kann und muss der Bürgermeister als Grundlage für die Entscheidungen vorlegen. Weil das nicht passiert, verlieren wir alle Zeit und Chancen Eching zu entwickeln.

Dr. Irena Hirschmann, Michaela Holzer